

Nationalratswahl 2019

Antworten der Parteien zu Anliegen der *aktion leben*:

1. In Österreich gibt es keine Daten zum Schwangerschaftsabbruch. Wie ist die Einstellung Ihrer Partei zu einer anonymen Statistik über Schwangerschaftsabbrüche sowie eine Motivenerforschung als Basis für Prävention?

ÖVP: Politik und Gesellschaft haben jene Bedingungen zu schaffen, die Abtreibungen vorbeugen. Wir unterstützen daher eine umfassende anonymisierte Statistik zu Schwangerschaftsabbrüchen. Diese soll nicht nur Klarheit über die Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich schaffen, sondern vor allem auch die Motive für diesen Schritt evaluieren, um die Unterstützungsangebote für werdende Eltern und speziell Frauen noch gezielter auszubauen.

SPÖ: Die SPÖ spricht sich gegen individuelle Datenerhebungen bei Schwangerschaftsabbrüchen aus. Schwangerschaftsabbrüche sollen auch in Zukunft anonym sein und es gibt bereits zahlreiche internationale und heimische Studien zu den Gründen für einen Abbruch. In vielen westeuropäischen Ländern werden Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbruch zumindest teilweise von den Krankenkassen finanziert – deshalb gibt es dort auch genauere statistische Aufzeichnungen. In Österreich gibt es weder eine Mitfinanzierung durch die Krankenkassen, noch in allen Bundesländern die Möglichkeit, in einer öffentlichen Krankenanstalt einen Abbruch durchführen zu lassen. Solange das nicht gewährleistet ist, können auch keine sinnvollen Daten erhoben werden. Wichtiger als Zahlen sind Maßnahmen, die ungewollten Schwangerschaften vorbeugen. Dazu gehört:

- Regelmäßige, zielgruppengerechte Kampagnen und Beratung für die Anwendung von wirksamen Verhütungsmethoden
- Altersadäquate Sexualpädagogik in allen Altersstufen
- Qualitätsgesicherte Unterrichtsmaterialien
- Kostengünstige, sichere Verhütungsmittel auf Krankenschein

FPÖ: Laut Schätzungen werden in Österreich jährlich zwischen 40.000 und 50.000 Abtreibungen vorgenommen. Stellt man diesen Zahlen die Anzahl der Geburten des Jahres 2018 (85.085) gegenüber, bedeutet dies, dass von 10 gezeugten Kindern 4 abgetrieben werden. Für uns Freiheitliche ist in diesen Belangen die Situation in der Bundesrepublik Deutschland beispielgebend für Österreich. Dort wird unter anderem eine jährliche „Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche“ geführt.

Liste JETZT: In Österreich gibt es vor allem deshalb keine Daten zum Schwangerschaftsabbruch, weil Abtreibung nach wie vor im Strafgesetzbuch steht, also de facto illegal ist (wenn auch straffrei). Würde man Schwangerschaftsabbruch – wie von uns gefordert – zu einer Kassenleistung machen, hätte man die geforderten Aufzeichnungen automatisch.

Schwangerschaftsabbruch ist eine individuelle Entscheidung einer Frau, die sie in Absprache mit Arzt/Ärztin trifft – die Forderung nach Statistiken wird des Öfteren von AbtreibungsgegnerInnen vorgebracht, mit dem Ziel, auf diese individuelle Entscheidung Einfluss nehmen zu können und Abtreibungen zu „verhindern“. Unser Anliegen ist es, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern, nicht Abtreibungen. Das geht durch einen möglichst niederschweligen und kostengünstigen (oder

kostenfreien) Zugang zu Verhütungsmitteln, sowie zeitgemäßer Sexualpädagogik und Aufklärung. Sollte eine Frau aber ungewollt schwanger werden, liegt die Entscheidung einzig und allein bei ihr.

NEOS: Bis heute ließen die NEOS die Frage unbeantwortet.

Grüne: Die Grünen sehen die Notwendigkeit einer bundesweiten Statistik zu Schwangerschaftsabbrüchen nicht. Zum einen, weil es bereits Studien gibt, die für die Motivforschung nutzbar sind, zum anderen, weil eine bundesweite Statistik in Österreich nur fehlerhaft sein könnte: Da der Schwangerschaftsabbruch in Österreich im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern keine Krankenkassenleistung ist, sondern privat von den Betroffenen bezahlt werden muss, ist die lückenlose Erfassung der Eingriffe praktisch unmöglich.

2. Was schätzen Sie an der Arbeit von *aktion leben*?

ÖVP: Was ich an *aktion leben* so schätze ist die Menschlichkeit. Nichts geht über viel Mitgefühl und Verständnis! Dazu noch die professionelle Beratung und das Auskommen mit wirklich wenig Geld. So viel Herzblut und Dienst an Menschen in Not ist das besonders Herausragende bei *aktion leben*.

SPÖ: Ehrenamtliche Tätigkeiten sind jedenfalls wertzuschätzen und ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag – auch wenn sie, wie im Fall der *aktion leben*, sich in weiten Teilen nicht mit den Ansichten der SPÖ decken.

FPÖ: An der Arbeit von *aktion leben* schätze ich den nun bereits jahrzehntelangen Einsatz für den umfassenden Schutz menschlichen Lebens, beginnend im Mutterleib bis zum Ableben.

NEOS: Bis heute ließen die NEOS die Frage unbeantwortet.

Liste JETZT: Wir unterstützen und schätzen vor allem Vereine, welche sich dafür einsetzen, reproduktive Rechte und Freiheiten auszubauen statt einzuschränken.

Grüne: Schwangerenberatung und Schwangerenkonfliktberatung sind eine wesentliche Grundlage für die selbstbestimmte Entscheidung einer Frau, Mutter zu werden oder nicht. *aktion leben* leistet diesbezüglich wichtige Arbeit.

Kontakt:

aktion leben österreich

Diefenbachgasse 5/5, 1150 Wien

Tel. 01.512 52 21, E-Mail: info@aktionleben.at

Spendenkonto:

IBAN: AT64 3400 0000 0723 6771